Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes

Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 19

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Kommentar

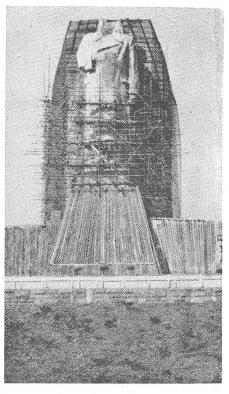
Das Manifest der tschechoslowakischen Intellektuellen berichtet nicht einfach vom durchgehenden Druck des Prager Regimes auf das geistige Leben des Landes, sondern von einer neuen und akuten Welle brutaler Repressalien. Das trifft sich überdies mit dem, was man schon seit einiger Zeit in der Tschechoslowakei (wie übrigens auch in den andern osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion) feststellte: ein härterer Kurs, den man in Entsprechung zur vorhergehenden Tauwetterperiode geradezu eine neue «Vereisungsperiode» nennen könnte. In der CSSR kam es insbesondere zu Prozessen gegen Schriftsteller, zu Grenzzwischenfällen mit Oesterreich. zum Entzug des Passes von Ladislav Mnacko und überhaupt zu einem allgemeinen Rückfall in Mentalität und Jargon des kalten Krieges.

Wie ist das zu bewerten? Ist es mit der «kleinen Freiheit» zu Ende? War sie überhaupt nur möglich lich, weil sie dem taktischen Wunsche der Partei eine Zeitlang entsprach und jetzt nicht mehr? Wird die Liberalisierung nunmehr rückgängig gemacht?

Wir haben kein Anlass, die Dinge allzu schwarz zu sehen, sowenig wir vorher Anlass hatten, sie allzu rosig zu sehen. Zwar besteht die Verhärtung in einer feststelibaren Weise, aber sie ist, wenigstens unter anderm, das direkte Resultat der Offensive, in welcher sich nicht die dogmatischen, sondern die liberalen Kräfte befinden. Dass die offizielle Parteiführung in letzter Zeit immer wieder an der Notbremse zog, ohne den Zug zum Stehen bringen zu können, beweist nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche.

Gerade in der Tschechoslowakei ist die Defensivstellung der Partei besonders manifest geworden. Denn die «liberalen» Intellektuellen begannen ihren schon (seit 1963) altgewohnten Sturm auf die alten Positionen sozusagen unter neuen Fahnen zu führen. Sie begnügten sich nicht mehr mit Konzessionen und kleinen Freiheiten, und sie begnügten sich nicht mehr mit Entstalinisierungsparolen, die nur ein bisschen weitergingen als das, was ihre parteioffiziellen Gegenspieler schliesslich auch sagten. Sie forderten allmählich grundsätzliche Anderungen, wie etwa die Schaffensfreiheit ohne jede dialektische Einschränkungen, und gaben ihrem Verlangen immer unverhohlener Ausdruck. Bisher hatte sich die Opposition zwischen den Zeilen und im Rahmen der gültigen Lehre manifestiert, aber nunmehr begann sie im Klartext zu schreiben und ihre Rücksicht auf die Grunddogmen zu vergessen, die in einer kommunistischen Gesellschaft, sofern sie sich nicht selbst aufgeben will, tabu bleiben müssen. Es mag sein, dass die parteioffizielle Reaktion auf den letzten Schriftstellerkongress in Prag präzedenzlos hart war. Aber der Ton der Reden (etwa derjenigen Vaculiks) war auch präzedenzlos aufrührerisch gewesen. Schliesslich hatte die Partei zuvor, wahrscheinlich wohl nicht ohne Widerstreben, in einen Resolutionstext eingewilligt, den man noch vor einigen Jahren geradezu als sensationell bezeichnet hätte. seweit kam er den liberalen Kräften entgegen. Dass sich aber die Schriftsteller, oder jedenfalls

(Fortsetzung auf Seite 11)



So war das Stalindenkmal in Prag...

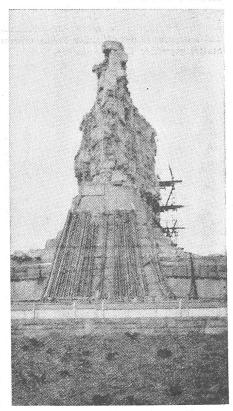
Revolte des Intellekts

(Fortsetzung von Seite 1)

nientreue der Literatur bemüht sind. Der Alarmruf aus Prag, der nun mit dem Manifest tschechoslowakischer Schriftsteller (siehe Seite 2) vorliegt, ist zweifellos eines der wichtigsten Dokumente dieses Freiheitsstrebens. Seine Adressaten sind «die Schriftsteller der gesamten freien und demokratischen Welt». Sie werden zum Teil sogar namentlich angerufen: neben Miller, Steinbeck, Prévert, Russel, Osborne, Moravia werden Böll, Grass und Weiss sowie die Russen Ehrenburg, Solschenizyn, Jewtuschenko und Wossnessenski um kollegiale Hilfe ersucht.

Die Schwierigkeiten jener den kommunistischen Parteien unbequemen Intellektuellen haben einen Grad erreicht, den man kaum mehr mit Schweigen übergehen darf. Diese Menschen, sie versichern es glaubwürdig, wollen nicht umstürzen oder mit Aufstand drohen, sondern sie verlangen nur «das Ende persönlicher Verfolgung», die sie als eine Hexenjagd von ausgesprochenem faschistischem Charakter kennzeichnen. Sie stehen in einer Front mit anderen Intellektuellen, wie mit dem ostdeutschen Professor Havemann, mit dem polnischen Philosophen Kolakowski, dem Ungarn Lukacs oder den sowjetischen Schriftstellern Sinjawski, Daniel und Solschenizyn sowie mit dem jugoslawischen Dozenten Mihajlow. Die Partei wird versuchen, mit diesen Kritikern so oder so fertig zu werden.

Vor einigen Wochen stand in Prag der junge Schriftsteller Dr. Jan Benes mit seinen Freunden vor Gericht, und in Moskau waren es die avantgardisch sich vorwagenden Literaten, weil sie gefordert hatten, dass man ihre Kollegen Siniawski und Daniel freilasse. Den dreihundert Unterzeichnern des Prager Manifestes droht das gleiche Schicksal, wenn ihre Kollegen in der demokratischen Welt ihre Solidarität verweigern. Für die angegriffenen Künstler in Osteuropa haben bisher nur wenige im Westen Stellung genommen. Jean-Paul Sartre und Louis Aragon verzichteten auf die Reise zum Schriftstellerkongress nach Moskau aus Protest gegen das Urteil über Sinjawski und Daniel, Graham Greene und Haldor Laxness liessen ihre in der Sowjetunion aufgelaufenen Tantiemen den Frauen der beiden Schriftsteller zukommen. Giancarlo Vigorelli, Generalsekretär des COMES, intervenierte persönlich in Moskau für die eingekerkerten sowjetischen Schriftsteller. Günter Grass richtete kürzlich einen Brief an den tschechoslowakischen Staatspräsidenten. Am internationalen Schriftstellerkongress in Montreal haben 47 Schriftsteller eine Solidaritätserklärung unterzeichnet, in der sie das Recht der tschechoslowakischen Dichter und Künstler auf freie Meinungsäusserung unterstützten. Hilfe und Solidarität sind notwendig. Die Betroffenen schreiben selbst in ihrem Prager Manifest: «Wir mögen ein gewisses Recht haben, die Welt daran zu erinnern, dass auch Freiheit und Kultur unteilbar sind. Bitte, antwortet nicht darauf, dass jeglicher Protest und jegliche Hilfe vergeblich seien ...»



... abgetragen worden. Aber die Abbauetappen des Stalinismus dauern länger. Und die Parteidoktrin steht unter Denkmalschutz.

Werner Smoydzin: «NPD. Geschichte und Umwelt einer Partei. Analyse und Kritik.»

Band III in der Reihe «Das Dokument», Ilmgau-Verlag, Pfaffenhofen/Ilm, 1967. 260 Seiten, Paperback, DM 10.80. (Auslieferung in der Schweiz: A. & G. de May, Lausanne.)

Die überraschenden Wahlerfolge der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands in einigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland haben innert kurzer Zeit zu einer grösseren Zahl von Untersuchungen und Ergebnissen unterschiedlicher Qualität über das Phänomen einer nationalistischen Aufbruchstimmung in gewissen Kreisen Deutschlands geführt. Die vorliegende Untersuchung von Werner Smoydzin, der bereits durch sein Buch «Hitler lebt - Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes» bekannt wurde und der als Regierungsdirektor im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik quasi beruflich beobachtet, gehört zu den lesenswerten Veröffentlichungen über den wiedererwachenden Rechtsradikalismus unter demokratischer Bemäntelung in Deutschland.

Von der Anlage her ist Smoydzins Analyse keine tiefschürfende politologische Untersuchung, sondern eine für ein breites Publikum, insbesondere der jüngeren Generation — auch im Ausland —, bestimmte informative Darstellung. In der Ein-

leitung stellt der Verfasser die Frage nach der Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer «nationalen Politik» und beleuchtet kurz Wert und Inhalt des Begriffes Nation im Hinblick auf seine Gültigkeit in der Gegenwart. In den folgenden beiden Kapiteln befasst sich der Verfasser gestützt auf gründliche wissenschaftliche Untersuchungen — mit den Vorläufer-Organisationen der NPD, nämlich der «Sozialistischen Reichspartei», der «Deutschen Reichspartei» und der «Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher» sowie anderer rechtsradikaler Splittergruppen zwischen 1952 und 1964. In den beiden Hauptkapiteln des Buches (III und IV) analysiert Smoydzin Gründungszweck, Mitgliederbestand, Wähler und Parteiprogramm der NPD sowie wichtige Aeusserungen führender NPD-Funktionäre, die grösstenteils aus nationalsozialistischem Ungeist gespeist sind. Im V. Kapitel vermittelt der Verfasser einige Anregungen für die politische Auseinandersetzung mit dieser Partei. Im Anhang hat sich der Autor der Mühe unterzogen, nicht nur die Programme der NSDAP (Nazi-Partei) und der rechtsradikalen Parteien im Nachkriegsdeutschland sowie das Manifest der NPD im Wortlaut wiederzugeben, sondern diese Dokumente auszugsweise synoptisch gegenüberzustellen. Darüber hinaus enthält der Anhang die Satzung der NPD und aufschlussreiches statistisches Material über die soziologische Zusammensetzung der NPD-Mitglieder, die Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien seit 1949 sowie die NPD-Erfolge bei der Bundestagswahl 1965 und den Landtagswahlen in Hessen und Bayern (1966).

-HJP-

ser ablehnte. Schliesslich lud ihn Nasser zu einem Gespräch ein, wo auch die Vizepräsidenten Sacharie Mohieddin und Hussein el Safi sowie der Vorsitzende der Nationalversammlung Anwar Sadat zugegen waren. Inmitten der Unterredung teilte Nasser ihm mit, dass er nunmehr unter Hausarrest stehe, und zugleich befahl er die Verhaftung von etwa hundert anderen Persönlichkeiten des Landes. Das Verfahren vor dem Militärgericht wird gegen die Verhafteten in zwei Wochen beginnen. Die Anschuldigungen von

«Sa Rubeschom» gegen das ägyptische Offizierskorps, wonach dieses «nicht bereit war, seine dienstliche und patriotische Pflicht zu erfüllen» trifft kaum zu. In Aegypten herrschte bereits vor dem Krieg mit Israel eine Kampfstimmung, eine Stimmung des «Heiligen Krieges».

Es ist eher anzunehmen, dass infolge der unzulänglichen Instruktionen der Sowjetberater die ägyptischen Offiziere nicht imstande waren, die modernen sowjetischen Waffen zweckmässig einzusetzen.

M. Cs.



«Waffen, mein Lieber?» Nasser und Sowjetmarschall Sacharow.

Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 3)

etliche unter ihnen, damit nicht begnügten, sondern sozusagen zum Generalangriff ausholten, was zeigte, wie weit die Dinge schon gediehen waren.

Die Opposition, die sich bisher der Tarnung und der halbwegs sibyllischen Sprache bedient hatte, hat sich anscheinend ziemlich plötzlich kristallisiert. Sie sucht nunmehr nach einer eigenen Sprache und nach einer eigenen Definition ihrer selbst. Damit ist die Phase der Aufweichung in eine Phase der Polarisierung übergegangen, bei der sich die Gegner nicht mehr versteckt, sondern offen konfrontieren. Die Versteifung ist beidscitig, d. h. sowohl bei der Parteizentrale als auch bei den Intellektuellen, die von Kompromissen weniger wissen wollen als zuvor.

Das Zurückgreifen der KP auf «administrative Massnahmen», wie der Euphemismus für Verhaftungen, Parteiausschlüsse und Amtsentlassungen lautet, zeigt, dass sie sich bedroht fühlt. Sie hat es freilich mit ihrem Machtapparat in der Hand, sich mit diesen Mitteln durchzusetzen. Aber sie gibt damit das Mittel der Ueberzeugungskraft aus der Hand, die sie sich bei ihrer eigenen intellektuellen Jugend verscherzt.

Man mag die Frage stellen, ob der rebellische Vaculik oder der «abtrünnige» Israel-Fahrer Mnacko taktisch «opportun» gehandelt haben, genauso, wie man seinerzeit gefragt hat, ob in Jugoslawien ein Mihajlo Mihajlov «politisch klug» gehandelt habe. Aber wenn eine Opposition die Frage nach «Opportunität» und «politischer Klugheit» zu vergessen beginnt, ist sie im Begriff, eine Bresche zu schlagen.

Christian Brügger

Die KPdSU

(Fortsetzung von Seite 5)

auf längere Zeit hinaus eine Auswahlmöglichkeit besteht, welche die Kandidaten veranlasst, sich möglichst detailliert parteikonform zu verhalten. Die Beförderung in die Nomenklaturliste eines höheren Parteikomitees bedeutet zugleich eine Rangerhöhung innerhalb der Hierarchie und einen Schritt in der persönlichen Karriere. Umgekehrt gibt es neben der Streichung auch eine Versetzung in eine niedrigere Nomenklaturliste, was wiederum sozusagen dem Abstieg in eine niedrigere Kaste entspricht.

Die Kapitelüberschrift «Der neue Adel» ist wohl in Parallele zum Djilasschen Begriff der «neuen Klasse» zu setzen, wobei sich die Akzentverschiebung dadurch ergibt, dass der grundsätzliche Parteiaufbau im Mittelpunkt der Betrachtung steht. Strukturell gesehen weist nämlich die KP-Führung nicht so sehr parakapitalistische als vielmehr parafeodale Züge auf. Dieser Ordnung mag freilich durch die Reformtendenz einer Industriegesellschaft mit ihrem Eigenbedarf an Technokratie eine neue Bedrohung erwachsen, doch mittlerweile feiert sie das Jubiläum ihres Bestehens mit dem Anspruch auf zukünftige Geltung innerhalb und ausserhalb ihrer gegenwärcbtigen Grenzen.